

Errol Babacan

Der Juni-Aufstand in der Türkei

Als am 27. Mai ein paar Dutzend Aktivisten und Aktivistinnen einem Aufruf der Taksim-Plattform folgten und sich den Baumaschinen zur Verteidigung der Bäume im Istanbuler Gezi-Park entgegenstellten, ahnte noch niemand, dass dies der Beginn eines Aufstands werden würde. Während die Besetzung des Parks zunächst als eine Rettungsaktion durch eine Handvoll Umweltschützer erschien, provozierte die erste polizeiliche Räumung eine Mobilisierung, die unter Beteiligung von Zehntausenden die erneute Besetzung mitsamt dem angrenzenden Taksim-Platz nach sich zog. In den folgenden Tagen entwickelte sich spontan ein kollektives Experimentierfeld für eine solidarische und kommunalistische Form der Vergesellschaftung. In Anlehnung an die Pariser Kommune wurde die Metapher der Gezi-Kommune geboren. In fast allen Städten des Landes gingen Hunderttausende auf die Straße, um ihre Solidarität mit „Gezi“ zu bekunden und gegen die Politik der seit über einer Dekade regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP zu protestieren. Der Juni wurde zu einem Monat des Aufstands gegen die Zumutungen des kapitalistischen Wachstums und dessen islamisch-konservativen Reproduktionsmodus.

Durch massive Polizeieinsätze mit Tausenden teils Schwerverletzten und mehreren Toten erreichte die Regierung eine vollständige Räumung des Parks. Auch die Kundgebungen in anderen Stadtvierteln und Städten konnten zumindest vorläufig eingedämmt werden. Nicht verhindert werden konnte, dass sich eine soziale Bewegung zu formieren begann, die sich über öffentliche Versammlungen organisiert und eine neue Debatte über gesellschaftliche Alternativen zum islamisch-konservativ artikulierten neoliberalen Autoritarismus angestoßen hat. Der folgende Artikel setzt sich auf der Grundlage eigener Beobachtungen und erster Analysen mit den potentiellen Perspektiven des Aufstands auseinander. Er beginnt mit einer Skizze des polit-ökonomischen Hintergrunds, skizziert dann die Türkei-spezifische Ausprägung des neoliberalen Autoritarismus und seines historisch-konkreten Reproduktionsmodus, des islamischen Konservatismus, und diskutiert abschließend die Perspektiven der Opposition vor und nach „Gezi“.

1. Polit-ökonomischer Hintergrund – transnational artikulierter Machtblock

Die Regierung und die regierungsfreundliche islamisch-konservative Presse sahen im Juni-Aufstand das Werk einer internationalen Verschwörung. Die „Neider der Türkei“ waren wahlweise eine „internationale Finanzlobby“, „ausländische Mächte“ oder gleich „die jüdische Diaspora“ (Göker 2013a). Tatsächlich ist die verschwörungstheoretisch ausgedeutete „Finanzlobby“ der vielverzweigte Ast, auf dem der in Wachstumszahlen gemessene „neoliberale Erfolg“ der AKP sitzt.

Kritische Ökonomen weisen seit langem darauf hin, dass die Art und Weise, in der die Türkei in die internationalen Finanz- und Handelskreisläufe eingebunden ist, sehr krisenanfällig ist, da sie aufgrund des hohen Leistungsbilanzdefizits ein beständiges Devisendefizit erzeugt. Um dieses auszugleichen, wendet die Regierung u.a. das Mittel vergleichsweise hoher Leitzinsen an. Damit verbunden ist das geldpolitische Versprechen, die Stabilität der türkischen Währung zu erhalten. Internationalen Anlegern wird signalisiert, dass sie in der Türkei ein stabiles und gewinnträchtiges Investitionsumfeld vorfinden. Das angelockte Kapital enthält einen signifikanten Anteil an kurzfristigen Anlagen, mit denen über das Ausnutzen von Preis- und Zinsunterschieden zwischen Ländern schnelle Gewinne erzielt werden können. Wenn dieses Kapital ausbleibt, gelingt der Ausgleich des Defizits nicht, wodurch es quasi über Nacht zu einem Devisenengpass kommt, auf den eine Abwertung der Währung folgen könnte (Yeldan 2006; Boratav 2009).

Einige Wochen vor Beginn des Aufstands löste die Ankündigung der US-amerikanischen Notenbank, die expansive Geldpolitik möglicherweise zu revidieren, erste Krisenzeichen aus. Auf den Rückgang kurzfristiger Kapitalanlagen folgte ein Wertverlust der türkischen Lira gegenüber dem US-Dollar um 3-4%. Der Trend zum Rückgang kurzfristiger Anlagen setzte sich in zeitlicher Parallelität zum Aufstand fort, so dass der Wertverlust zeitweise auf über 7% stieg. Die Attraktivität des Anlagemarkts drohte längerfristig zusammenzubrechen und eine Abwärtsbewegung der Währung mit unabsehbaren Folgen auszulösen. Ursächlich stand dieser Vorgang nicht mit den Protesten im Zusammenhang. Der Aufstand verstärkte jedoch die Unsicherheit und löste weitergehende Zweifel aus. Die „Unfähigkeit“ der Regierung, eine kleine Aktion wie die Besetzung eines Parks einzudämmen, wie sie es im Gegensatz dazu vorher in unzähligen Einzelfällen geschafft hatte, ließ ihre bisher zuverlässigsten internationalen Unterstützer, die amerikanisch-europäische Bourgeoisie und deren Medien, nervös werden (Akçay 2013). Zum ersten Mal seit Bestehen der Partei wurde die Frage virulent, ob sie weiterhin in der Lage sein würde, den eingeschlagenen Weg der Beseitigung von Investitionshemmnissen fortzuführen. Denn unabhängig davon, ob die Steuerung der Ökonomie über die Geldpolitik gelingt und das Leistungsbilanz-

defizit finanziert werden kann, die verfolgte Politik der Attraktion von Kapital ermöglicht vor allen Dingen eins: die Beschleunigung des Verwertungsprozesses im Inland. Die Gesamtsumme ausländischen Kapitals, das zwischen 2003 und 2012 in der Türkei investiert wurde, vermittelt einen Eindruck, welch enorme Summen bewegt werden. Sie betrug 400 Mrd. \$, während im mehr als doppelt so langen Zeitraum zwischen 1980 und 2002 „nur“ 35 Mrd. \$ an ausländischem Kapital in die Türkei flossen (Sönmez 2013).

Die systematisch vorangetriebene Privatisierung von Staatsunternehmen und öffentlichen Dienstleistungen sowie die schrittweise Aufhebung von Investitionshemmnissen stellen das günstige Umfeld für in- und ausländisches Kapital her. Die auf allen Ebenen durchgeführte Privatisierungs- und Kommodifizierungspolitik hat darüberhinaus Investitionsfelder erschlossen, die auch den seit Jahrzehnten bestehenden Konflikt zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen in der Türkei zumindest temporär in den Hintergrund rücken ließ (Sönmez 2009). Um die Komplementärbeziehung zwischen den Entwicklungszielen der nationalen und der internationalen Bourgeoisien zu begreifen, ist es aufschlussreich, die Einbindungsweise der Türkei in die globale Ökonomie als eine Internationalisierung der Kapitalakkumulation zu begreifen und die Expansion der Kapitalakkumulation im Inland unter diesem Gesichtspunkt in die Betrachtung einzubeziehen (Akçay 2012). Die Kredite sind ein Element in der Bildung eines transnational artikulierten Machtblocks, in dem Interessen nationaler und internationaler Bourgeoisien repräsentiert sind. So erscheint die Geldpolitik aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive als fatal, da hohe Zinsen für stetige Attraktion kurzfristigen Finanzkapitals und damit eine hohe Krisenanfälligkeit sorgen. Aus der Perspektive der Entwicklungsinteressen türkischer Unternehmen ist diese Politik jedoch nicht unbedingt ein Nachteil. Vielmehr sorgt die relativ stabile Währung für Zugang zu günstigen internationalen Krediten und fördert den Internationalisierungsprozess. Die Folge der Aufnahme solcher Kredite ist zwar ein hoher Verschuldungsstand dieser Unternehmen an ausländische Kreditgeber, die 2012 227 Mrd. \$ betrug (entspricht ca. 30% des BIP) und damit fast doppelt so hoch ist wie die Auslandsverschuldung des Staates. Ausschlaggebend ist jedoch, dass die Kredite Investitionen ermöglichen, für die die inländischen Unternehmen sonst nicht das notwendige Kapital aufbieten könnten (vgl. Öztürk 2010: 170ff).

Die Geld- und Zinspolitik hat einen Kommodifizierungsschub ermöglicht, der einen enormen sozialen Umwälzungsprozess nach sich zieht. Die geplante Bebauung des Gezi-Parks mit einem Einkaufszentrum, Hotels und Luxuswohnungen fügt sich in ein Entwicklungsmodell ein, das auf der Enteignung von öffentlichen Gütern, Gemeinbesitz und natürlichen Ressourcen sowie einer kreditbasierten Expansion der konsumorientierten kapitalistischen Lebensweise fußt.

Die mit den frühen 1970er Jahren einsetzende Überakkumulationskrise bildet den globalen Zusammenhang, in den diese Strategie der „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2004) eingebettet ist. Der Aufstieg von Parteien des politischen Islam in der Türkei, deren letztes Glied die AKP ist, ist aufs engste mit dieser Bewältigungsstrategie verknüpft. Nach dem Militärputsch von 1980, der den massiven Widerstand aus der organisierten Arbeiterschaft brach, förderten die Informalisierung von Beschäftigungsverhältnissen in den Kommunen und die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen die Entstehung einer neuen Bourgeoisie, die fortan die materielle Basis des bis dahin marginalen politischen Islam bildete (Doğan 2011). Mit der AKP hat der politische Islam die gesellschaftliche Führung zur Durchsetzung dieser Strategie auch auf der nationalen Ebene übernommen.

In der letzten Dekade wurden kontinuierlich gesetzliche Schranken abgebaut, die der Privatisierung öffentlicher Güter sowie der Kommodifizierung von Gemeinbesitz im Wege standen (Duru 2009). Kleinteilige Land- und Viehwirtschaft ist mangels (inter-)nationaler Konkurrenzfähigkeit schon länger kaum noch eine ausreichende Existenzgrundlage. Die Privatisierung der von der ländlichen Bevölkerung gemeinschaftlich genutzten Wälder, Flüsse und Weideflächen verschärft diesen Zustand und räumt zugleich Grundlagen ergänzender Subsistenzwirtschaft aus der Welt (Akbulut/Adaman 2013). Die Privatisierung beschleunigt die Landflucht und entzieht der sozial nicht abgesicherten städtischen Bevölkerung insbesondere im Fall ökonomischer Krisen notwendige dörfliche Rückzugsräume. 45% der Werktätigen sind im informellen Sektor beschäftigt, während die sozialen Sicherungssysteme den im formellen Sektor Beschäftigten ebenfalls keinen langfristigen Schutz bieten. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln durch Familienangehörige in den Dörfern, die bis heute einen nicht zu unterschätzenden Schutzmechanismus gegen die prekären und krisenhaften Lebensverhältnisse in der Türkei darstellt, wird damit zunehmend problematisch.

Inzwischen leben fast 80% der Bevölkerung in urbanisierten Gebieten, wo sie ebenfalls mit einer Beschleunigung des kapitalistischen Verwertungsprozesses konfrontiert sind. Die (Wieder-)Verwertung des städtischen Raums gehört zu den herausragenden Mitteln, über die in der letzten Dekade der Akkumulationsprozess organisiert wurde. Zentrumsnahe und von Investoren begehrte Viertel werden geräumt und die Bevölkerung in neue Wohnviertel in der städtischen Peripherie umgesiedelt, um die Aufwertung zu ermöglichen. Dabei werden über viele Jahre gewachsene Nachbarschafts- und informelle Versorgungs- bzw. Geschäftsbeziehungen auseinandergerissen, Wege zur Arbeitsstätte um ein Vielfaches verlängert. Derweil verschanzen sich die Bessergestellten zunehmend hinter hohen Mauern und Stacheldraht in *Gated Communities*, zu denen kein

öffentlicher Zugang besteht. Die legale Basis dieser neuen Umsiedlungs- und Entseignungswelle wurde durch Gesetze geschaffen, die vorgeblich der Bausicherheit dienen und den Weg für einen enormen Bauboom eröffnet haben (Şen 2011). Der Bausektor wuchs zwischen 2002 und 2011 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von ca. 7%, bei einem durchschnittlichen Wachstum des BIP um 5,2% im selben Zeitraum. Der Verkauf von öffentlichem Land und der von der zentralen staatlichen Behörde TOKİ gelenkte Bau von Wohnsiedlungen ermöglicht der Regierung zugleich steuernde Eingriffe in die Kapitalakkumulation (Balaban 2011; Gülhan 2011).

Die Bauprojekte sind sowohl über die direkte Beteiligung von nicht-türkischen Investoren als auch mittels der internationalen Kredite Bestandteil der internationalisierten Akkumulation. Um das durch Kredite und Schulden finanzierte Entwicklungsmodell fortführen zu können, wird zunehmend auf Großprojekte gesetzt. Istanbul steht im Mittelpunkt des Interesses. An nahezu allen größeren Projekten sind ausländische Firmen beteiligt, die auch bei der Beschaffung des notwendigen Kapitals für die Finanzierung behilflich sind. Yachthäfen, private Krankenhäuser und Flughäfen werden über sog. Private-Public-Partnerships gebaut. Der Staat stellt das Bauland zur Verfügung und übernimmt die Risiken durch langfristig garantierte Miet- und Abnahmepreise für die zu erbringenden Dienstleistungen. Mega-Projekte wie die Errichtung einer vollkommen neuen Millionenstadt im Norden Istanbuls, der Bau des Kanal Istanbul, der parallel zum Bosphorus eine zweite Verbindung zwischen Schwarzem Meer und dem Marmara-Becken schaffen soll, sowie eine dritte Brücke über den Bosphorus stehen auf der Agenda. Zusammen mit dem geplanten dritten Flughafen, der angeblich der weltweit größte werden soll und allein ein Ausschreibungsvolumen von 50 Mrd. \$ umfasst, beträgt die Ausschreibungssumme dieser Projekte 200 Mrd. \$, was mehr als einem Viertel des BIP entspricht (Şengül 2013).

Von dieser Akkumulationsstrategie profitieren nicht nur die größeren Unternehmen. Auch kleine Händler, Geschäftsinhaber und eine sichtbar expandierende Mittelklasse partizipieren an dem Bauboom sowie einem parallel stattfindenden Konsumboom. Die Vergabe von Krediten ermöglicht trotz unzureichender Einkommen Vielen eine Partizipation, die sie sich eigentlich nicht leisten können. Neben Immobilienkrediten wird mit Verbraucherkrediten die Nachfrage nach Konsumartikeln hochgehalten, wodurch auch der inländische Produktionssektor stabilisiert wird. In diesem Zuge hat eine rasant beschleunigte Verschuldung von Privathaushalten stattgefunden, deren Verschuldungsstand sich von etwa 4,5 Mrd. \$ im Jahr 2003 auf 140 Mrd. \$ im Jahr 2012 nahezu verdreißigfacht hat. Die Konsequenz ist eine langfristige Verschuldung der Privathaushalte und der immanente Zwang, diese Art des Wachstums durch Entgrenzung der Kapitalakkumulation fortzusetzen. Der Bausektor ist die zentrale ökonomische

Triebfeder, an der direkt oder indirekt Millionen Arbeitsplätze hängen. Kommt der Bauboom ins Stocken oder wird aus anderen Gründen eine ökonomische Krise ausgelöst, droht vielen der Einkommensverlust und die Gefahr, von ihren historisch einzigartigen Schuldenbergen erdrückt zu werden.

2. Autoritarismus, Zentralisierung politischer Entscheidungsprozesse, Terrorismusbekämpfung

Mit der Besetzung des Gezi-Parks wurde dem kapitalistischen Verwertungsprozess ein kleiner aber symbolisch bedeutsamer Raum entzogen und ein zentraler Nerv des Entwicklungsmodells im Zentrum vom ökonomisch begehrten Istanbul getroffen. Die Besetzung war gleichzeitig das einzige zur Verfügung stehende Mittel, um das illegale Bauvorhaben zu verhindern. Als die Maschinen einer Baufirma anrückten und die ersten Bäume gefällt wurden, lag kein genehmigter Bauplan vor. Die Taksim-Plattform, die sich ein Jahr zuvor gegen das Projekt zur Beseitigung des Parks gegründet hatte, war auf diese Situation gefasst, da ein Einschreiten von Behörden gegen illegale Handlungen von Baufirmen oftmals ausbleibt. So bleibt es der Initiative der unmittelbar Betroffenen überlassen, dagegen vorzugehen.

Der Rechtsweg, illegale Vorgehensweisen gerichtlich unterbinden zu lassen und bereits begonnene Projekte zu stoppen, existiert weiterhin. Praktisch ist dieser Weg jedoch sehr aufwendig, übersteigt die organisatorischen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen der Betroffenen und ist unzuverlässig. Falls ein Gericht einen Baustopp verhängt, wird dieser nicht selten ignoriert oder von einem höheren Gericht wieder aufgehoben. Eine Garantie, dass legale Planungswege und Gerichtsurteile eingehalten werden, gibt es nicht. Zugleich werden beständig Reformen durchgeführt, um vorgeschriebene Planungswege mit Ausnahmeregelungen zu umgehen, den Planungsprozess dadurch der demokratischen Kontrolle zu entziehen und zu beschleunigen (Şengül 2013). Die Politik der „Ausnahmeregelungen“ wird systematisch angewendet. Megaprojekte werden durch Sonderregelungen von gesetzlich vorgeschriebenen Auflagen wie der Umweltverträglichkeitsprüfung befreit, Möglichkeiten der fachlichen Überprüfung werden beschnitten und verbindliche Planfestsetzungsverfahren ignoriert¹.

1 Die zerstörerische Wirkung und Willkür dieser Vorgehensweise zeigt sich am Beispiel der dritten Brücke über den Bosphorus. Obgleich das Baugebiet ein Naturschutzgebiet höchsten Ranges ist, besondere Schutzgesetze für den Bosphorus gelten und etliche Gerichtsverfahren gegen das Vorhaben anhängig sind, wurde das internationale Ausschreibungsverfahren durchgeführt und der Bau begonnen. Nach dem Fällen von 200.000 Bäumen an der für

Die sich jeder demokratischen und fachlichen Kontrolle entziehende Vorgehensweise zieht sich durch die gesamte Regierungspraxis der AKP. Den Horizont dieser Entwicklung bildet ein 2011 durch die regierende Mehrheit im Parlament verabschiedetes Gesetz. Die Regierung wurde ermächtigt, für einen Zeitraum von sechs Monaten Dekrete mit Gesetzeskraft zur Reorganisation des öffentlichen Dienstes zu erlassen. Das Parlament als gesetzgebende Instanz wurde komplett außer Kraft gesetzt, somit auch die Möglichkeiten der parlamentarischen Opposition zur Beratung und Kontrolle der gesetzgeberischen Tätigkeit. Die Möglichkeit zu diesem antidemokratischen Vorgehen wurde 1971 nach einer militärischen Intervention in die Verfassung eingeführt und nach dem Militärputsch von 1980 bekräftigt. Die AKP machte von diesem Mittel ungeachtet ihrer schillernden Kritik am Militärputsch Gebrauch. Über die Dekrete wurde die Kontrolle über den öffentlichen Dienst durch die Besetzung mit loyalem Personal erreicht. Im Vordergrund stand eine Kompetenzverlagerung von kommunalen zu nationalen Behörden, also eine Zentralisierung politischer Entscheidungswege. Neu gegründete Ministerien und die von der Zentralregierung ernannten Provinzgouverneure wurden mit Kompetenzen ausgestattet, die die Planung und Durchführung von Bauprojekten unter Umgehung lokaler Behörden und Parlamente ermöglichen. Die Planung, Prüfung und Entscheidung über Privatisierungen, wie die Kanalisierung von fließenden Gewässern zur Gewinnung von Strom, wurden direkt einem Ministerium übertragen. Kriterien des Naturschutzes können vom Ministerium nach intransparenten Verfahren umgangen oder nach Bedarf neu definiert werden (Çelik 2011). In die gleiche Richtung geht das kürzlich verabschiedete „Großstadtdgesetz“, das mit den nächsten Kommunalwahlen in Kraft treten wird. Mit ihm werden in den betroffenen Provinzen rudimentäre demokratische Verfahrensweisen beseitigt, die der Dorfbevölkerung bislang ermöglichten, einen zwar begrenzten, aber direkten Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Befugnisse von Ältestenräten und Dorfvorstehern werden den Bürgermeistern und den Provinzgouverneuren übertragen (Önder et al. 2012).

Nach elf Jahren Alleinregierung hat die AKP nicht nur alle vormaligen von ihr kritisierten autoritären und zentralistischen Institutionen übernommen, die mit dem Militärputsch von 1980 eingeführt oder ausgebaut wurden. Die Partei kann zudem mit Gesetzen und Praktiken regieren, die für den Ausnahmezustand kennzeichnend sind. Die autoritäre Entwicklung – Zentralisierung politischer Entscheidungsprozesse, Abschaffung basis-naher Verfahrensweisen, Normalisierung von Ausnahmeregelungen – befindet sich seit einigen Jahren an einem

die Grundpfeiler vorgesehenen Stelle wurde festgestellt, dass ein Planungsfehler vorliegt und die Pfeiler an einer anderen Stelle stehen müssten. Eine unabhängige und transparente Überprüfung des „Fehlers“ ist nicht zu erwarten (Yerdeniz 2013).

Umschlagpunkt. Sie weist trotz eines formalen Fortbestehens demokratischer Verfahren, die temporär ausgesetzt werden können, totalitäre Elemente auf, insofern die staatlichen Institutionen systematisch mit parteinahem Personal besetzt und – wie im Folgenden aufgezeigt wird – oppositionelle Gruppen repressiv bekämpft sowie juristische Institutionen der Exekutive untergeordnet werden. Als treibende Dynamik hinter dieser Zuspitzung lässt sich ein Kampf um die kapitalistische Erschließung des Landes und die Verteilung der daraus erwachsenden Profite identifizieren.

Die Polizeigewalt gegen die Parkbesetzung und die Selbstzensur vieler Medien waren wichtige Gründe für die Ausweitung der Besetzung zu einem Aufstand im ganzen Land. Allerdings stellt das Ausmaß der Gewalt keine Besonderheit dar, selbst wenn vom Krieg mit der kurdischen Bewegung abgesehen wird. Methoden der Aufstandsbekämpfung und der Einsatz von chemischen Kampfstoffen sind in den letzten Jahren alltäglich geworden. Die Vorgehensweise der AKP, auf den zivilen Widerstand mit der Mobilisierung der Polizei im Stile eines nationalen Befreiungskriegs gegen ausländische Invasoren zu reagieren und die Protestierenden als Teil einer Verschwörung zu diffamieren, ist in eine übergeordnete Strategie eingebettet².

Kernelement dieser Strategie ist die tendenzielle Aufhebung der Gewaltenteilung und die Reorganisation der politischen Macht nach dem Prinzip der Gewalteneinheit. Der Beginn dieser Reformen unter der AKP geht zurück ins Jahr 2005, als die „Demokratisierung“ auf dem Weg in die EU die vermeintlich größten Fortschritte machte. Institutionen der Justiz wurden schrittweise der Exekutive untergeordnet, während die Befugnisse des Polizeiapparats bei der „Terrorbekämpfung“ ausgedehnt wurden. Mit einer Strafrechtsreform und Änderungen der Definition von Terrorismus wurde der Weg geebnet, jede oppositionelle Regung mit Terrorismus in Verbindung bringen zu können. Die Einrichtung von Gerichten mit Sonderbefugnissen ermöglichte eine weitgehende Einschränkung des Rechts auf Verteidigung (Aydin 2012).

Die Justiz agiert gegen politische Gegner der Regierung nach dem Prinzip des „Feindstrafrechts“, wonach die Angeklagten nicht als Staatsbürger ausgestattet mit bestimmten Rechten, sondern als Staatsfeinde betrachtet werden. Tausende regierungskritische JournalistInnen, AnwältInnen, AkademikerInnen, Studierende sowie Mitglieder von Gewerkschaften und oppositionellen Organisationen stehen unter Anklage und/oder wurden inhaftiert. Der Ablauf von Strafprozes-

2 Der Ministerpräsident lobte die Polizei nach der endgültigen Räumung, sie habe ein Heldenepos geschrieben, während die Polizeibeamten nach der Stürmung eines Gebäudes am Taksim-Platz u.a. „Vaterland, mein Leben opfere ich dir“ (*Vatan sana canım feda*) skandierten (vgl. Dölek 2013).

sen, das Fehlen belastbarer Beweise, geheimdienstliche Ermittlungsmethoden und die nur notdürftig übertünchte Erfindung von Beweisen legen nahe, dass die meisten „Terrororganisationen“ Erfindungen der Behörden sind (Göktaş 2012; Saymaz 2013: 40ff)³. Grundlage für dieses Vorgehen ist eine „koordinierte und zentral beschlossene“ Strategie. In den Worten des Innenministers: „die Arbeit der Terrororganisation (...) besteht nicht nur aus bewaffnetem Terror. Es gibt eine weitere Säule. Psychologischen Terror, wissenschaftlichen Terror. Also einen Hinterhof, der den Terror nährt. (...) Wie unterstützen sie den Terror? Indem sie Bilder malen, Gedichte und Kolumnen schreiben. Manche machen den Soldaten und den Polizisten, die den Terrorismus bekämpfen, zum Thema ihrer Kunst, ihres Schaffens und versuchen sie so zu demoralisieren“ (26.12.2011, Radikal, eigene Übersetzung).

3. Das islamisch-konservative Hegemonieprojekt – Grenzen und Widersprüche

In den ersten Jahren ihrer Regierungszeit erschien die AKP trotz der beschriebenen Terrorbekämpfungsstrategie als eine dialogbereite Partei, die verschiedene „Öffnungsprozesse“ initiierte und Kompromisse mit der politischen Opposition suchte. Mit der Besetzung juristischer Institutionen nach dem Verfassungsreferendum 2010 dominiert ein kriegerischer Politikmodus begleitet von der forcierten Umsetzung eines islamisch-konservativen Hegemonieprojekts. Die aggressiver werdende Verfolgung dieses Projekts bildet den Hintergrund für die landesweite Solidarisierung mit „Gezi“. Der geplante Nachbau einer osmanischen Kaserne, deren Architektur das Einkaufszentrum übernehmen sollte, symbolisiert dieses Projekt und zeigt exemplarisch, wie die AKP kapitalistisches Wachstum und islamischen Konservatismus in der Umstrukturierung des Raums miteinander verbindet.

Die AKP verfolgt einen sich vom Kemalismus unterscheidenden Nationalismus, der als „islamisch-konservativer Nationalismus“ (Saraçoğlu 2011) bezeichnet werden kann. Der islamische Konservatismus definiert die ideologischen Leitlinien der nationalen Entwicklungsperspektive, er bildet das kulturelle Bindeglied

3 2012 befanden sich 8.415 Personen aufgrund eines „Terrorismusvergehens“ in Haft, während seit ihrem Bestehen insgesamt ca. 70.000 Personen vor den Sondergerichten angeklagt wurden (Saymaz 2013: 56). Allein auf Grundlage der Terrorbekämpfungsgesetze wurden 2005 3.390 Personen, 2007 bereits 7.706 und 2010 11.884 Personen angeklagt. Darunter befanden sich 1.496 Kinder im Alter zwischen 12 und 15 Jahren sowie 2.891 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren (Göker 2012).

zwischen der Erziehung zu einer berechenbaren Gesellschaft und dem kapitalistischen Entwicklungsmodell. In der erneuerten Definition der Staatsideologie wird die Zugehörigkeit zur Nation nicht in erster Linie über eine ethnisch definierte Zugehörigkeit hergestellt, sondern über konservative und religiöse Werte und Praktiken, die maßgeblich auf eine sunnitische Interpretation des Islam zurückgeführt werden. Die ethnisch definierte Zugehörigkeit bekommt einen sekundären Status zugewiesen⁴. Im Unterschied zum Kemalismus wird die gegenwärtige Gesellschaft in den Grenzen der Türkei als Nachfolgerin der anatolischen Muslime der osmanischen Periode aufgefasst. Das nationale Interesse wird als die Wiedergewinnung der verlorenen Größe des osmanischen Reichs definiert, dem alle anderen Interessen sich unterzuordnen haben. Führende Ideologen des Projekts sprechen von der „Großen Türkei“ (ebd.).

Die Aggressivität des Projekts und die in ihm enthaltenen Eroberungsfantasien – mit freimütigem Bezug zu osmanischen Feldzügen – wurden während der Grundsteinlegung der dritten Brücke über den Bosphorus offengelegt, die zeitlich mit den ersten Tagen der Parkbesetzung zusammenfiel. Der Staatspräsident verkündete in einer Zeremonie, mit dem Ministerpräsidenten und dem Leiter der Religionsbehörde zur Seite, dass die Brücke den Namen des osmanischen Sultans *Yavuz Sultan Selim* tragen werde. Dieser Sultan ist in das kollektive Gedächtnis der alevitischen Bevölkerung eingegraben als derjenige, der die größten Massaker an ihr in Anatolien ausrichten ließ. Die Aleviten stellen die zweite große Glaubensrichtung im Land. Die Eigenständigkeit der heterodoxen alevitischen Traditionen, ihrer Gebetsstätten, Rituale und Autoritäten wird unterdrückt. Die Unverfrorenheit, mit der die AKP sich der Figur des Sultans bemächtigte, schürt die Ängste der alevitischen Bevölkerung, die sich ohnehin einer massiven Assimilationspolitik ausgesetzt sieht. Die Ankündigung, eine Moschee anstelle des seit Jahren stillgelegten Atatürk-Kulturzentrums am Taksim-Platz zu bauen, machte erneut deutlich, dass die Beseitigung kemalistischer Symbole mit einer religiösen Rekodierung einhergeht und sich auf die Eliminierung der säkularen Lebensweise aus dem öffentlichen Raum richtet.

Unter der AKP hat die Stellung der Religion einen Wandel durchlaufen, ohne dass dies einen scharfen Bruch mit der vormaligen „laizistischen“ Praxis notwendig werden ließ, weshalb dieser Wandel schleichend von statten gehen

⁴ Diese neue Definition der Nation ist noch nicht konsolidiert, auch nicht im gesamten Umfeld der AKP. „Rückfälle“ in oder taktische Rückgriffe auf den ethnizistischen Nationalismus, der auf eine 90-jährige Praxis zurückblickt, sind keine Seltenheit. Dennoch bildet der islamische Konservatismus die ideologische Leitlinie der AKP-Politik, auch in der Außenpolitik. Die Konsolidierung hing bisher vor allen Dingen von der Anerkennung durch die kurdische Bevölkerung ab.

kann. Den Ausgangspunkt bildet die auch in der Türkei-forschung dominierende Auffassung, die Türkei sei ein laizistischer Staat. In scharfem Widerspruch hierzu steht die 1924 gegründete Religionsbehörde, die mit einem Monopol über die religiöse Praxis im Land ausgestattet ist, die sie im Anschluss an das osmanische Reich entlang einer sunnitischen Tradition auslegt. Jede religiöse Organisation außerhalb der Behörde wird unterdrückt, während die institutionelle Eigenständigkeit anderer Glaubensgruppen verboten ist. Obwohl daher vom Gegenteil des laizistischen Prinzips der Trennung von Staat und Kirche, nämlich einer Einheit von staatlicher und religiöser Institutionalisierung, ausgegangen werden muss, kann trotzdem von einer Aufwertung der Religion unter der AKP gesprochen werden. Sie rückt ins Zentrum der offiziellen Staatsideologie, während die religiösen Institutionen in den Mittelpunkt der Bevölkerungspolitik rücken. Eine von islamistisch-nationalistischen Intellektuellen entwickelte Programmatik der Erziehung von kämpferischen und stolzen Türken, die ihre angeblich durch Säkularismus verursachte Verweichlichung und Unterwürfigkeit gegenüber dem Westen überwinden sollen, steht Pate für das Ziel der Reproduktion einer kriegerischen Nation.

Die Zielstrebigkeit und das Ausmaß der Sunnitisierungspolitik kommt in der Aufwertung der zentralen Institution für die Umsetzung dieser Politik zum Ausdruck. Die sunnitische Religionsbehörde (Diyanet İşleri Başkanlığı) verwaltet mit 120.000 Angestellten alle 90.000 Moscheen des Landes und ist mit einem Budget ausgestattet (ca. 2,3 Mrd. \$), das seit einer Dekade jedes Jahr überdurchschnittlich (ca. 20% pro Jahr) erhöht wird. Unter der AKP wurde der Aufgabenbereich der Behörde kontinuierlich erweitert, so dass von einem Funktionswandel gesprochen werden kann. Ihr obliegt nicht mehr nur die Konservierung der religiösen Dogmen, sie wird zunehmend zentrale Institution zur Umsetzung des islamischen Konservatismus. Die Behörde wird ermächtigt, das alltägliche Leben nach den Richtlinien eines „wahrhaft islamischen Lebens“ zu gestalten (Göker 2013b).

In der Förderung der Kernfamilie als einzig legitime Form des Zusammenlebens tritt der konservative Aspekt besonders deutlich hervor. Die Familie soll der Hort sein, in dem sunnitische Werte weitergegeben und vor allen Dingen viele Kinder gezeugt werden. Auf diese Weise soll ein stetiges Bevölkerungswachstum erreicht werden, um den Nachschub an Arbeitskräften zu sichern. Der Beitrag von Frauen zum „Wachstum der Türkei“ wird in dieser Perspektive über die Funktion des Kinderkriegens und -hütens definiert. Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen der AKP, die Initiativen zur Einschränkung von Abtreibung sowie die Förderung der Familie mit vielen Kindern stellen den Versuch dar, die sozio-demographische Entwicklung aufzuhalten bzw. umzukehren. Lag die Geburtenrate im Jahr 2000 noch bei 2,38 Kindern pro Frau, waren es 2011

lediglich 2,02. Das Heiratsalter ist ebenso gestiegen wie die Scheidungsrate. Die durchschnittliche Größe der Kernfamilie schrumpft, während die Zahl von alleinerziehenden Eltern und Paarbeziehungen ohne Kinder zunimmt (Doğan 2013). Organisierte Alternativen zu dieser Bevölkerungspolitik werden von der Regierung als Gefahr wahrgenommen, außerhalb der heterosexuellen Norm stehende Orientierungen werden als krankhaft bezeichnet und kriminalisiert. Sozialistische und feministische Kritik ebenso wie diejenige von LGBT-Organisationen⁵ werden als Störfaktoren gegenüber einer aufstrebenden Nation wahrgenommen, die noch Großes vorhat.

4. Perspektiven der Opposition

4.1 Opposition vor „Gezi“ – Kulturkampf

Die beschleunigte Strategie der Akkumulation durch Enteignung und die islamisch-konservative Umgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind durch die Aussetzung demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse und einer kriegesischen Politik charakterisiert. Die AKP re-kodiert das alltägliche Leben und den gesellschaftlichen Raum mit islamisch-konservativen Werten und hat de facto alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich diesem Diktat widersetzen, zu Feinden erklärt.

In einer solch kriegesischen Strategie ist nur scheinbar Platz für demokratische Mittel der Kompromissfindung. Auch aufgrund ihrer jeweiligen politischen Prioritäten waren die Oppositionsparteien bislang nicht in der Lage, den Zentralisierungsprozess politischer Macht aufzuhalten. Die Parteiführung der CHP (Republikanische Volkspartei) leistet keine systematische Opposition gegen das neoliberale Entwicklungsmodell, das sie in seinen Grundzügen mitträgt, wie durch ihre Beteiligung an den Beschlüssen zu den vielen Stadterneuerungsprojekten deutlich wird. Die Partei trug auch die Verschärfung der Terrorbekämpfungsgesetze mit, ebenso die repressive Strategie gegenüber der kurdischen Bewegung. Aus dem Umfeld der CHP wurden bis vor kurzem nationalistische Demonstrationen gepaart mit einem Atatürk-kult organisiert, die lediglich bewirkt haben, dass eine fundierte Kritik an der schleichenden Islamisierung durch nationalistische Panikmache überdeckt werden konnte. Da die CHP die gesellschaftlichen Konfliktlinien ebenfalls über kulturelle Werte und Nationalismus konstruiert, stellt sie den komplementären Gegenpart zur AKP. Das Versprechen der AKP, materielle Teilhabe an der kapitalistischen Expansion klassenübergreifend zu organisieren, ist neben der Bezugnahme auf „osmanische Überlegenheit“ in

5 LGBT steht für „Lesbian, Gay, Bi, Trans“.

einen Diskurs der Subalternität eingebettet. Demzufolge vertritt die AKP die „authentischen“ Interessen des Volkes (kodiert als religiös-konservativ, ländlich-traditionell, unter-privilegiert) gegenüber den „kemalistischen Eliten“ (kodiert als laizistisch, urban-modern, privilegiert) (vgl. Steckner 2012). Eine zentrale Voraussetzung für die Plausibilität dieses Diskurses ist die von Kemalisten reproduzierte alltägliche Erniedrigung bestimmter Teile der Unterschichten, die sie als kulturell rückständig und ungebildet ansehen. Trotz einer offensichtlichen sozialen Kluft zwischen den Unterschichten und der materiellen und intellektuellen Basis der AKP, die von einer gut situierten religiösen Mittelklasse und Bourgeoisie gebildet wird, gelingt es der Partei, die ideologische Anbindung teils über kulturelle Werte teils über die Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte der Unterdrückung durch den Kemalismus aufrechtzuerhalten (Yıldırım 2009)⁶.

Die kurdische Bewegung ist hingegen gespalten und oftmals paralytisch. Die unentschlossene Haltung der Bewegung während des Juni-Aufstands ist zum Teil mit der Teilnahme von Kemalisten, die türkische Fahnen schwenkten und nationalistische Lieder sangen, erklärbar. Sie resultierte jedoch auch aus einem Zwiespalt zwischen einer bürgerlich-nationalistischen Strömung der Bewegung, die auf eine Integration in den Machtblock hofft und eine populistische Politik verfolgt, und einem sozialistisch-libertären Flügel, der eine Ermächtigung der Subalternen zu organisieren versucht. Die Regierung verfolgt gegen die kurdische Bewegung eine doppelte Strategie. Die repressive Eindämmung richtet sich zwar allgemein gegen Autonomiebestrebungen, primär jedoch gegen die Organisation an der Basis und die sozialistisch-libertären Kräfte. Der teilweise ohnehin in der AKP organisierten kurdischen Bourgeoisie und der kurdischen Bevölkerung unterbreitet die Partei das konstruktive Angebot, an der kapitalistischen Expansion teilzunehmen, sich im Rahmen der neu definierten Nation mit der Anerkennung „kultureller Eigenart“ zufriedenzugeben oder sich sogar unter dem Banner des Islam gemeinsam am Aufbau der „Großen Türkei“ gegen den Kemalismus zu beteiligen (vgl. Aktan 2012a; 2012b; Saraçoğlu 2011). Vor diesem Hintergrund blieb die Bewegung gegenüber der Monopolisierung der Staatsmacht lange indifferent. Bei der Haltung zu wichtigen Reformen dominierte die Auffassung des populistischen Flügels, der das Kriterium der Anerkennung kultureller Selbstbestimmung vor das der basis-demokratischen und transparenten Organisation politischer Entscheidungsprozesse stellt⁷.

6 Der Kemalismus hält zwar ebenfalls eine quer zu Klassenpositionen verlaufende Anbindung aufrecht, deren Wirkungskraft hat mit dem Übergang in den Neoliberalismus jedoch sukzessive abgenommen (vgl. Babacan/Gehring 2013).

7 Die dritte oppositionelle Partei, die Nationalistische Aktionspartei MHP, agiert oftmals als Schwesterpartei der AKP, weshalb sie aus der Betrachtung ausgenommen wird.

Der Juni-Aufstand bestätigte die Ohnmacht der Opposition. Als die Regierung den Vorschlag unterbreitete, eine Volksbefragung über das Schicksal des Parks abzuhalten, waren viele Oppositionelle spontan für ein Kräftemessen an der Wahlurne bereit, obwohl das Wahlergebnis keinerlei Verbindlichkeit gehabt hätte, während die Regierung sich generell nicht an Gesetze und Gerichtsurteile gebunden fühlt. Von einer Waffengleichheit im demokratischen Wettbewerb kann angesichts der Repression und der Einschüchterung der Medien ohnehin keine Rede sein. Mit der Befragung wäre dieser antidemokratische Zustand, der dazu führte, dass die Bevölkerung die Verteidigung des Parks gegen dessen illegale Beseitigung selbst in die Hand nehmen musste, mit scheinbar demokratischen Mitteln wiederhergestellt und die Bewegung passiviert worden. Die Parkbesetzer verteidigten eine der wenigen öffentlichen Grünflächen im Stadtzentrum, die vielen zum Verschnaufen dient und deren Bäume Schatten in der heißen Jahreszeit spenden. Der Park ist einer der seltenen Orte, an dem verweilt werden kann, ohne konsumieren zu müssen. Viele Oppositionelle signalisierten Zustimmung für eine Abstimmung, durch die die von der Besetzung aufgeworfene grundlegende Frage ignoriert wurde: inwieweit nämlich der von einem Teil der Bevölkerung genutzte öffentliche Park mittels eines Mehrheitsvotums privatisiert werden darf und damit der demokratischen Nutzung und Entscheidung auf Dauer entzogen wird.

4.2 Opposition nach „Gezi“ – anti-kapitalistische Demokratiebewegung?

Unzählige Vorläufer der Parkbesetzung (Baustellenbesetzungen, Widerstand gegen Räumung von Siedlungen und Stadtvierteln oder den Bau von Staudämmen) hatten keine landesweite Dynamik und Kontinuität entfalten können. Etliche linke Gruppierungen und regierungskritische Gewerkschaftsmitglieder engagierten sich zwar in zahlreichen Kämpfen, hinsichtlich ihrer Mobilisierungsfähigkeit waren sie jedoch an einem historischen Tiefpunkt angelangt. Die Spaltung des politischen Feldes entlang kulturell, konfessionell und ethnisch bestimmter Trennlinien überlagerte die gesellschaftlichen Kämpfe. So wurde der Bau der dritten Brücke erst mit der Benennung nach dem Sultan zu einem breit diskutierten Thema, während das Ausmaß an ökologischer Zerstörung, Bauspekulation und Profitstreben nur von kleineren Kreisen problematisiert wurde. Der von der Regierung propagierte Moscheebau am Taksim-Platz oder die Unterstellung, die Protestierenden seien nur an dem Gezi-Park interessiert, weil er ein Wahrzeichen der kemalistischen Republik darstelle, waren typische Versuche, die Auseinandersetzung auf einen Kampf zwischen kulturell bestimmten Gruppen zu lenken.

Der Aufstand markiert einen Einschnitt in diese Kulturkampfpraxis. Anders als bei den kemalistischen Massenprotesten 2007 wurden weder Parolen für den Erhalt des „Laizismus“ noch die Armee auf den Plan gerufen, obwohl die Regierung und die regierungsnahe Presse die Spaltungslinien zwischen „elitären Laizisten“ und „unterdrückten Gläubigen“ mit allen Mitteln zu aktivieren versuchten⁸. Zwar barg die enorme Breite des Aufstands unterschiedliche und auseinanderlaufende Anliegen, darunter anfängliche Vorstöße kemalistischer Organisationen, den Aufstand mit nationalistischen Parolen zu vereinnahmen und kurdische Organisationen aus dem Protest auszuschließen. Nichtsdestotrotz dominierte eine libertäre Dynamik, die in der gegenseitigen Sensibilisierung für Spaltungs- und Unterdrückungsmechanismen bestand, so die breite Ablehnung kemalistischer Praktiken und die von feministischen Gruppen eingeforderte kritische Reflektion patriarchaler Protestinhalte u.a. in sexistischen Schimpfwörtern. Die auf dem Platz praktizierte gegenseitige Anerkennung und Rücksichtnahme verschiedener Identitäten oder Gruppen, die bislang nicht miteinander sondern neben- oder gegeneinander protestiert hatten (Laizisten gegen Muslime, Türken gegen Kurden etc.) sind zum Mittelpunkt vieler Analysen geworden. In diesem Rahmen wurde der Aufstand auch als kultureller Protest interpretiert, der verschiedene Gruppen gegen die „persönliche Herrschaft“ des Ministerpräsidenten Erdoğan zusammenbrachte (Göle 2013). Dass Erdoğan zu einer exponierten Zielscheibe des Protests wurde, macht ihn allerdings nicht zur Ursache der verfolgten Politik. Wie dargelegt, entspringt der Autoritarismus aus der Beschleunigung der kapitalistischen Akkumulation durch Enteignung und Entrechtung der subalternen Klassen auf dem Land und in den Städten und charakterisiert die herrschende Politik auf allen Ebenen. Der in einer Person symbolisierte Autoritarismus ist weit davon entfernt, eine individuelle Macke eines autoritären Charakters zu sein⁹. Letztlich verbleibt diese Interpretation im Deutungsrahmen des beschriebenen Kulturkampfs, ebenso wie die populäre Auffassung, wonach der Aufstand eine Bewegung der Mittelschichten zur Verteidigung ihrer „modernen“ (oder sogar privilegierten) Lebensweise gegenüber der „traditionellen“ AKP darstellt (bspw. Bohn/Bayraslı 2013; Der Spiegel 2013). Die Abwesenheit arbeiterklassenspezifischer Forderungen und die Akzentuierung

8 So wird den vor einem Gaseinsatz der Polizei in einer Moschee Schutz suchenden Protestierenden unterstellt, sie hätten in der Moschee Alkohol getrunken und uriniert. Diese Darstellung wurde von Angestellten der Moschee als unwahr zurückgewiesen, was zu ihrer Zwangsversetzung führte.

9 Die Personalisierung eines strukturellen Problems bereitet den Boden für oberflächliche „Problemlösungen“ wie den Austausch von Erdoğan durch den vermeintlich moderaten Staatspräsidenten Gül.

eines bestimmten Profils der Protestierenden, die gut ausgebildet und jung sind, moderne Kommunikationsmittel benutzen und sich kreativer Ausdrucksmittel bedienen, bildet die empirische Grundlage dieser Interpretation. Dieser Konfrontation einer „modernen“ Mittelschicht mit der „traditionellen“ AKP widerspricht allerdings, dass die soziale und intellektuelle Basis als auch die Führung der AKP aus einer urbanen Mittelklasse und Bourgeoisie besteht, deren Lebensweise (Bildungsstand, Wohnform, Nutzungsgrad technologischer Mittel etc.) nicht weniger „modern“ ist. Daneben haben etliche Autoren darauf hingewiesen, dass sich die sog. Mittelschicht in der Türkei zu großen Teilen aus einer proletarisierten *petite bourgeoisie* zusammensetzt (Bürkev 2013). Unter den Protestierenden seien Beschäftigte aus dem Dienstleistungssektor, Scheinselbständige, StudentInnen und SchülerInnen in der Mehrzahl gewesen, die der (zukünftigen) Klasse der Werktätigen angehörten (Coşkun 2013). Aus vielen Einzelberichten geht hingegen hervor, dass das Profil der Protestierenden keinesfalls einheitlich war, auf den Barrikaden sowie in anderen Stadtvierteln und Städten Angehörige der Unterschichten, insbesondere aus der mehrfach unterdrückten kurdischen und alevitischen Bevölkerung, aktiv beteiligt waren.

Doch unabhängig vom sozialen Status oder Profil der Protestierenden klammert die Mittelschichtenthese den gemeinsamen Anstoß und nicht zuletzt die kommunalistische Praxis auf dem Platz aus. Der Anstoß bestand nicht in einem Streit um kulturelle und identitäre Differenzen oder sogar Privilegien. Vielmehr bestand die von einem breiten Bündnis aus Berufskammern, kleineren linken politischen Zusammenschlüssen und Aktivistennetzwerken sowie Gewerkschaften getragene primäre Forderung in der Erhaltung eines öffentlichen Parks, der von allen (klassenübergreifend) genutzt werden kann, während die Privatisierung nur denjenigen dient, die über die notwendige Kaufkraft verfügen. Dass Kritik an Religion und Patriarchat zumindest von einem signifikanten Teil der Protestierenden nicht als die Verteidigung einer „modernen“ Lebensweise gegen „rückständig-traditionelle“ Praktiken begriffen wurde, sondern als Abwehr des Diktats einer bestimmten kapitalistischen Moderne, die sich religiös und konservativ reproduziert, darauf verweist auch der Slogan „Shoppen, Beten, Kinderkriegen“, der die islamisch-konservativen Leitlinien für die konforme Bevölkerung, die sich widerspruchslos in die kapitalistische Expansionspolitik einreicht, parodierte (vgl. Doğan 2013). Schließlich verleiht die kommunalistische Praxis auf dem Platz dem Aufstand in Verbindung mit dem libertären Aspekt viel eher den Charakter einer Bewegung der subalternen Klassen (vgl. Arslan 2013). Die Sensibilisierung für den gemeinsam genutzten Raum (gemeinsame Aufräumarbeiten, Erkundung seiner Geschichte u.v.m.) und seine Entkommerzialisierung (freie Lebensmittelversorgung, Aufbau einer frei zugänglichen Infrastruktur etc.) richteten sich unmittelbar gegen die kapitalistische Einhegung und Privatisierung

und drückten das Verlangen nach einem Zusammenleben frei von Verwertungs-zwängen und Klassengrenzen aus (vgl. Hammond/Angell 2013; Tuğal 2013). Die basis-demokratischen Entscheidungsmechanismen auf dem Platz, die Ablehnung gegenüber zentralistischen Repräsentationsstrukturen, die damit verbundene Forderung nach der Verlangsamung von Entscheidungsprozessen sind Praktiken, die die Beteiligung möglichst Vieler an demokratischen Prozessen ermöglichen sollen und mit der passivierenden Praxis der Delegation von Interessenvertretung brechen. Die Verlangsamung von Entscheidungsprozessen bestärkt potentiell die subalternen Klassen gegen die beschleunigte Akkumulation durch Enteignung.

4.3 Krise der neoliberalen Hegemonie? „Auf jeden Fall dran bleiben“

Die Verwertung des Kapitals ist im Gezi-Park gegen „ein paar Bäume“ geknallt. Von der Besetzung ausgehend wurde argumentiert, dass dem Aufstand eine anti-kapitalistische Stoßrichtung innewohnte, die sich mit der spontanen Bildung der „Gezi-Kommune“ mit kommunalistischen und libertären Praktiken verband. Die Parkbesetzung richtete sich gegen ein Privatisierungs- und Kommodifizierungsprojekt, das im gesamten Land vorangetrieben wird und von dem weit mehr Menschen betroffen sind als auf die Straßen gingen. Einige Autoren haben den Aufstand vor diesem Hintergrund bereits als Auftakt einer Krise der neoliberalen Hegemonie interpretiert (Doğan 2013). Doch obwohl der ökologische und soziale Preis und die materiellen Risiken für Viele sehr hoch sind, ist bisher nicht erkennbar, dass der gesellschaftliche Konsens für die kapitalistische Expansion gänzlich zerbröckelt. Die prekarierten und informalisierten Arbeitsverhältnisse der werktätigen Bevölkerung sind nur am Rande Gegenstand von Kritik geworden, ebenso wenig die Räumung von Stadtvierteln der städtischen Armen und Siedlungen der ländlichen Bevölkerung. Die organisierten anti-kapitalistischen Muslime, die viel Aufmerksamkeit erfahren haben, formulieren zwar eine hörbare islamisch begründete Kritik gegen zügellose Bereicherung. Daraus ergibt sich aber noch keine Auflösung des islamischen Konservatismus. Sie stellen eine Minderheit in der überwältigenden Mehrheit islamistischer Akteure dar, die den kapitalistischen Verwertungsprozess als nationalistisch-religiösen Auftrag legitimieren.

Es erscheint daher zu eindeutig, von einer Krise der neoliberalen Hegemonie zu sprechen. Plausibler erscheint, dass mit dem Aufstand neue Optionen entstanden sind, viele kleine Krisen zu organisieren, die zugleich eine schrittweise Selbstermächtigung der Subalternen ermöglichen. Die Erfahrungen von „Gezi“, die kollektive Wiederaneignung eines öffentlichen Raums und die gemeinsamen Lernprozesse, haben Vielen neue Optionen und Räume politischen Wirkens eröffnet. Die polizeiliche Niederschlagung und die anschließenden Verhaftungen

konnten nicht verhindern, dass in regelmäßigen öffentlichen Versammlungen in vielen Stadtparks, hauptsächlich, aber nicht nur in Istanbul, debattiert wird, wie die Praxis des Widerstands gegen den neoliberalen Angriff weitergeführt werden soll. Während die Bildung von Zusammenschlüssen zwischen den zahlreichen linken Gruppierungen im Land bisher kaum über kurzfristige Wahlbündnisse hinausging, ist mit „Gezi“ ein praktisches Bündnis entstanden, das weit über die organisierten politischen Kreise hinausreichte. Dass der Aufstand nicht von einer starken Partei oder Organisation dominiert wurde, scheint die Beteiligung vieler Organisierter und Unorganisierter erleichtert oder sogar erst ermöglicht zu haben. Die Parkforen erhalten diese Offenheit und das Potential zum Aufbau eines Netzwerks an der gesellschaftlichen Basis. Sie bieten eine Anlaufstelle für die Organisation einer kollektiven Stadtteilkultur (Anlegen gemeinsamer Gärten, Obdach für Straßentiere u.v.m.), die sehr basale und praktische Vernetzungen schafft. Die Foren organisieren sich basis-demokratisch, aus ihnen gehen neue Initiativen gegen lokale Gentrifizierungsprojekte und den Vormarsch des Islamisierungsprojekts in Schulen und anderen Institutionen hervor. Sie ermöglichen die Fortführung eines Austauschs über verhärtete Spaltungs- und Unterdrückungsmechanismen hinaus und bieten verschiedenen Gruppen eine Plattform, ihre Anliegen breiter zu thematisieren als dies bisher möglich war. Wenn sich diese Dynamik hält und weiter entwickelt, aus den Stadtteilinitiativen möglicherweise Stadtteilräte erwachsen, die sich untereinander vernetzen und sich sogar mit den Dörfern solidarisieren, könnte eine wirkmächtige politische Praxis gegen den neoliberalen Autoritarismus entstehen, womit auch den von verschiedenen Seiten vorgebrachten Versuchen, den Unmut auf die Gegnerschaft zur AKP oder zu Erdoğan zu minimieren und den Protest in kulturelle Bahnen zu lenken, widerstanden würde. Verstetigt sich daneben die Tendenz zur Zurückdrängung des kemalistisch-türkistischen Nationalismus, werden es auch die sozialistisch-libertären Kräfte in der kurdischen Bewegung leichter haben, eine für die kurdische Bevölkerung glaubwürdige Perspektive zu formulieren, die nicht aus der Integration in den Machtblock besteht.

Wenn der zügellosen Zerstörung ökologischer Grundlagen Einhalt geboten und die inneren Zwänge einer Politik überwunden werden sollen, durch die soziale Reproduktionszusammenhänge ländlicher wie städtischer Bevölkerungsgruppen permanent umgewälzt werden, wird eine breit praktizierte Alternative notwendig, die einen Ausweg aus der Spirale von kapitalistischer Expansion und Verschuldung bietet. Die aufgetürmten Schuldenberge der Unternehmen und die kolossalen Investitionssummen, die in der Türkei angelegt sind, machen deutlich, welche Entwicklungsziele die Regierungspolitik dominieren und wie massiv der Machtblock aufgestellt ist. Auf einem Parkforum, bei dem Aktionen gegen die Privatisierung einer Promenade diskutiert wurden, formulierte ein Redner den

bevorstehenden Weg wie folgt: „Wir müssen dem Investor klar machen, dass er gegen den Willen der Viertelbewohner handelt. Es ist für einen Investor keine einfache Sache, an einem Projekt festzuhalten, das nicht populär ist. Wenn wir ihn zum Rückzug zwingen, müssen die Behörden sehen, ob sie einen anderen finden. Dann haben sie ein Problem. Wir müssen auf jeden Fall dran bleiben.“¹⁰

Literatur

- Akbulut, Bengi; Adaman, Fikret (2013): The Unbearable Appeal of Modernization: The Fetish of Growth, in: *Perspectives* Nr. 5, 14-17.
- Akçay, Ümit (2012): 2011 Krizinin Gölgesinde Yeni Sanayi Politikaları Üzerine Bir Not, in: *Praksis* Nr.27, 145-166.
- (2013): Faiz Lobisi Argümanı Neyi Anlatıyor? Gezi Direnişi, Hükümetin Karşı Atağı ve Büyük Sermaye, in: *Praksis*, Sondernummer August 2013, 45-52.
- Aktan, İrfan (2012a): Kürt Hareketi Ayrışıyor mu?, *birdirbir.org*, 28.06.2012.
- (2012b): PKK Ne Zaman Silah Bırakır?, *birdirbir.org*, 12.07.2012.
- Arslan, Emre (2013): Gezi Parkı İsyanı: Eylem, Özgürlük ve Kamusalılık Üzerine Ulusötesi Sorular, in: *Praksis*, Sondernummer August 2013, 143-152.
- Aydın, Oya (2012): Hukuk Devleti Nerede Biter, Polis Devleti Nerede Başlar?, in: *Birikim* Nr. 273, 24-29.
- Babacan, Errol; Gehring, Axel (2013): Hegemonie in Zeit und Raum. Zur Dekonstruktion des Zentrum/Peripherie-Gegensatzes in der Hegemonietheorie am Beispiel Türkei, in: *PERIPHERIE* Nr. 130/131, 197-219.
- Balaban, Osman (2011): İnşaat sektörü neyin lokomotif?, in: *Birikim* Nr. 270, 19-26.
- Bohn, Lauren E.; Bayraslı, Elmira (2013): Why Gezi Park Isn't Resonating in the Rest of Turkey, *The Wall Street Journal*, 28.06.2013.
- Boratav, Korkut (2009): Bir Çevrimin Yükseliş Aşamasında Türkiye Ekonomisi, in: Mütevellioğlu, Nergis; Sönmez, Sinan (Hg.): *Küreselleşme, Kriz ve Türkiye'de Neoliberal Dönüşüm*, İstanbul, 1-75.
- Bürke, Yalçın (2013): İsyanın Başını Çeken "Orta Sınıf", Proleterleşen Küçük Burjuvazidir, *sendika.org*, 24.06.2013.
- Çelik, Aziz (2011): Bu KHK Çok Tehlikeli, Çok..., in: *Birgün*, 07.04.2011.
- Coşkun, Mustafa Kemal (2013): Gezi Parkı'nın Bileşenleri, in: *Radikal*, 30.06.2013.
- Der Spiegel (2013): *Weißer Türken, Schwarze Türken*, Nr. 26, 24.06.2013.
- Doğan, Ali Ekber (2011): 1994'ten Bugüne Neoliberal İslamcı Belediyecilikte Süreklilik ve Değişimler, in: *Praksis* Nr. 26, 55-75.
- (2013): Hegemonya Krizine Geri Dönülürken Tarihsel Momentin Gerekleri, in: *Praksis*, Sondernummer August 2013, 95-104.
- Dölek, Çağlar (2013): AKP'nin „Destan Yazan“ Polisi: Sınıf Aygıtı mı Dediniz?, in: *Praksis*, Sondernummer August 2013, 53-63.
- Duru, Bülent (2009): Modern Muhafazakârlık ve Liberal Politikalar Arasında Doğal Varlıklar: AKP'nin Çevre Politikalarına bir Bakış, in: *Uzgel/Duru* 2009, 783-802.
- Göker, Emrah (2012): Türkiye'nin Hukuk Alanı – 2, *istifhanem.com*, 26.01.2012.
- (2013a): Kahrolsun bağızı komplocu ahmaklıklar, *istifhanem.com*, 20.6.2013.

10 Eigenes Protokoll des Abbasağa Parkforums vom 29.07.2013.

- (2013b): Emme-basma tulumba olarak cami, in: *Express* Nr. 135, 10-11.
- Göktaş, Kemal (2012): Yeni Yargı: Kurumsallaşma ve Pratik, in: *Birikim* Nr. 275, 18-22.
- Göle, Nilüfer (2013): Gezi: Bir kamusal meydan hareketinin anatomisi, *t24.com.tr*, 06.06.2013.
- Gülhan, Sinan Tankut (2011): Devlet Müteahhitlerinden Gayrimenkul Geliştiricilerine. Türkiye’de Kentsel Rant ve Bir Meta Olarak Konut Üreticiliği. Konuta Hücum, in: *Birikim* Nr. 270, 27-33.
- Hammond, Timur; Angell, Elizabeth (2013): Ist Überall Taksim? Öffentlicher Raum und Mögliche Öffentlichkeiten, *infobrief-tuerkei.blogspot.de*, 3.7.2013.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, in: Zeller, Christian (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster, 183-215.
- Önder, İzzettin; Kirmanoğlu, Hülya; Benlisoy, Stefo (2012): Maliyeye Müstereklerden Bakmak, in: *İktisat Dergisi* Nr. 522, 3-25.
- Öztürk, Özgür (2010): *Türkiye’de Büyük Sermaye Grupları. Finans Kapitalin Oluşumu ve Gelişimi*. İstanbul.
- Saraçoğlu, Cenk (2011): İslami-Muhafazakar Milliyetçiliğin Millet Tasarımı: AKP Döneminde Kürt Politikası, in: *Praksis* Nr. 26, 31-54.
- Saymaz, İsmail (2013): *Sözde Terörist*, İstanbul.
- Şen, Besime (2011): Kentsel Mekanda Üçlü İttifak: Sanayisizleşme, Soylulaştırma, Yeni Orta Sınıf, in: *İstanbul Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi Dergisi* Nr.44, 1-21.
- Şengül, Tarık (2013): Direnişin Ardından: Gezi Parkı Başkaldırısı Ertesinde Kent ve Siyaset, in: *Sol*, 08.08.2013.
- Sönmez, Mustafa (2009): 2000’ler Türkiye’sinde AKP, Hâkim Sınıflar ve İç Çelişkileri, in: *Uzgel/Duru* 2009, 179-191.
- (2013): Ten Years of Turkish Capitalism and Tendencies, in: *Perspectives* Nr. 5, 18-21.
- Steckner, Anne (2012): Neoliberal-Islamische Synthese in der Türkei: Der Herrschaftsmodus der AKP, in: *PROKLA* Nr. 167, 327-347.
- Tuğal, Cihan (2013): Gezi hareketinin ortak paydaları ve yeni örgütlülük biçimleri, *t24.com.tr*, 03.07.2013.
- Uzgel, İlhan; Duru, Bülent (Hg.) (2009): *AKP Kitabı. Bir Dönüşümün Bilançosu*, Ankara.
- Yeldan, Erinc (2006): Neoliberal Global Remedies: From Speculative-Led Growth to IMF Led-Crisis in Turkey, in: *Review of Radical Political Economics* 38/2, 193-213.
- Yerdeniz, Sibel (2013): 3. Köprü, hukuksuzluk ve birkaç ağaç meselesi, *t24.com.tr*, 20.07.2013
- Yıldırım, Deniz (2009): AKP ve Neoliberal Popülizm, in: *Uzgel/Duru* 2009, 66-107.